

# Würzner: Totaler US-Abzug muss verhindert werden

*Reise nach Washington – GAL: Uns geht's besser ohne die US Army*

hö. Die Oberbürgermeister von Mannheim und Heidelberg, Peter Kurz und Eckart Würzner, planen einen Besuch in Washington, um die Amerikaner von ihren Verlagerungsplänen abzubringen. Denn es steht immer noch im Raum, dass die US Army ihre Standorte in Mannheim und Heidelberg weitgehend aufgeben und nach Wiesbaden verlagern könnten. Bei dem noch für Januar geplanten Trip ins US-Verteidigungsministerium wollen Würzner, Kurz und der dafür zuständige Landesminister Wolfgang Reinhart „dafür werben, dass die Amerikaner an ihren Standorten bleiben“, so Würzner: „Es macht doch keinen Sinn, einen Standort in Europa um 80 Kilometer nach Norden zu verlagern und dafür eine Milliarde Euro auszugeben.“ Um die Amerikaner von diesem seit vier Jahren gehegten Vorhaben abzubringen, sei „persönliche Vorsprache nötig“. Wie Würzner sagte, geht es nicht nur um finanzielle Fragen, sondern um die generell engen Bande zwischen der Region und den Amerikanern.

Tatsächlich aber spielen die wirtschaftlichen Folgen eines möglichen Abzugs (RNZ von gestern) durchaus eine Rolle: Den in Heidelberg ansässigen Handwer-

kern und Firmen gingen 30 bis 40 Millionen Euro im Jahr verloren, die die Amerikaner hier investieren. Außerdem würden sie große Flächen zurücklassen, die nur schwer vermarktbar wären: „Die US Army nutzt momentan im Stadtgebiet über 200 Hektar, unser neuer Stadtteil Bahnstadt wird insgesamt 116 Hektar haben; so viel Fläche kann man kurzfristig nicht entwickeln.“ Würzner denkt insbesondere an das Patrick Henry Village zwischen Heidelberg und Schwetzingen, das aufgrund seiner Lage kaum für den Wohnungsmarkt zu nutzen wäre; unproblematisch wäre es eher beim Mark Twain Village in der Südstadt. Deswegen gibt Würzner für die Amerikaner die Parole aus: kein Totalrückzug aus Heidelberg, Konzentration in Patrick Henry Village und Beibehaltung des US-Hauptquartiers.

Die Grün-Alternative Liste (GAL) widersprach dieser Sichtweise: Die Chancen eines Abzugs seien höher als die Risiken, denn erstens könne Heidelberg auf einen Schlag Wohnraum für 8000 „Neubürger“ schaffen, so Stadtrat Peter Holschuh. Außerdem: Die „Neuen“ brächten viel Kaufkraft in die Stadt. Und sie füllten mit ihrer Einkommenssteuer auch das Stadtsäckel.

RNZ 18.11.08